



Justizministerialblatt für das Land Brandenburg

Herausgegeben vom Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz
Nr. 10 – 25. Jahrgang – Potsdam, 15. Oktober 2015

Inhalt	Seite
Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen	
Bearbeitung der Justizverwaltungsgeschäfte bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht und der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz zur Änderung der Allgemeinen Verfügung vom 12. November 1993 vom 16. September 2015 (1210-I.4)	98
Bekanntmachungen	
Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz vom 15. September 2015	98
Personalnachrichten	99
Ausschreibungen	99

Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen

Bearbeitung der Justizverwaltungsgeschäfte bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht und der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg

Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz
und für Europa und Verbraucherschutz
zur Änderung
der Allgemeinen Verfügung vom 12. November 1993
Vom 16. September 2015
(1210-I.4)

I.

Die Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz vom 12. November 1993 (JMBl. S. 208), die zuletzt durch die Allgemeine Verfügung vom 21. August 2009 (JMBl. S. 109) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nummer 9 wird wie folgt gefasst:

„ 9. Es dürfen höchstens zehn Dezernate gebildet werden.“
2. Nummer 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird Buchstabe d aufgehoben.

- b) Die Sätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„Für die unter den Buchstaben a und c bezeichneten Aufgaben ist jeweils eine Sachgebietsleiterin oder ein Sachgebietsleiter zu bestellen. Je eine Sachgebietsleiterin oder ein Sachgebietsleiter ist außerdem für das Sachgebiet Haushalts-, Beschaffungs- und Rationalisierungsangelegenheiten sowie für die Sachgebiete Informationstechnik und Angelegenheiten der Sozialen Dienste der Justiz zu bestellen.“

II.

Diese Allgemeine Verfügung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Justizministerialblatt für das Land Brandenburg in Kraft.

Potsdam, den 16. September 2015

Der Minister der Justiz
und für Europa und Verbraucherschutz

Dr. Helmuth Markov

Bekanntmachungen

Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
und für Europa und Verbraucherschutz
Vom 15. September 2015

Folgender abhanden gekommener Dienstaussweis wird hiermit für ungültig erklärt:

Frau Justizvollzugshauptsekretärin **Carsta Fischer**, Dienstaussweis-Nr. **202605**, ausgestellt am 25. Mai 2011, gültig bis 24. Mai 2021.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine missbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz mitzuteilen.

Personalmeldungen

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Gerichte

Ruhestand:

Richterin am AG als d. ständ. Vertr.in e. Dir. Sigrid Floderer in Königs Wusterhausen, Justizamtsrätin – BesGr. A 12 – Sigrid Kutzke in Senftenberg und Justizoberinspektor Joachim Sittig in Strausberg.

Richterin auf Probe

Ernannt:

Assessorin Dr. Claudia Raupach.

Staatsanwaltschaften

Ruhestand:

Staatsanwalt Peter Parzyjega in Frankfurt (Oder).

Justizvollzugsanstalten

Ruhestand:

Regierungsamtmann Jörg-Peter Futh und Justizvollzugsamtsinspektor Ingo Borchert in Brandenburg an der Havel, Betriebsinspektor Udo Hartwig in Luckau-Duben, Justizvollzugshauptsekretär Ulrich Hanke in Wriezen.

Ausschreibungen

Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz

I.

Es wird Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengesehen:

- bei dem Amtsgericht Frankfurt (Oder)
 - eine Stelle für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Amtsgericht
 - (Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBL für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter, die bereits im Justizdienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind und die sich um die erstmalige Ernennung zur Richterin oder zum Richter auf Lebenszeit bewerben.

Bewerbungen sind bis zum **15. November 2015** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

II.

Voraussetzung für eine planmäßige Anstellung als Richterin oder Richter ist grundsätzlich eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Richterin oder Richter auf Probe (§ 10 Absatz 1 DRiG).

Es wird unter dem Vorbehalt des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen Bewerbungen für folgende Stelle entgegengesehen:

bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht

eine Stelle
für eine **Sachgebietsleiterin**/einen **Sachgebietsleiter**
des Dezernats 2 (Sachgebiet I)

für folgende **Aufgabenbereiche**:

- Personalangelegenheiten des gehobenen und höheren nicht-richterlichen Dienstes,
- Ausbildung der Rechtspflegeranwärterinnen und Rechtspflegeranwärter,
- Fortbildungsangelegenheiten,
- Beamtenrecht im Allgemeinen,
- Angelegenheiten des Personalvertretungsrechts,
- Angelegenheiten des Schwerbehindertenrechts,
- Rechtspflegerrecht im Allgemeinen,
- Tarifvertragsangelegenheiten und Einruppierung im Allgemeinen.

Der Dienstposten ist bis zur BesGr. A 14 BbgBesO bewertet.

Besetzbar: 1. März 2016

Anforderungen:

Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Justizdienstes. Der Dienstposten ermöglicht den Aufstieg in die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes nach §§ 22 LBG, 33 LVO. Von den Bewerberinnen und Bewerbern wird zu gegebener Zeit die Teilnahme an einem Aufstiegslehrgang erwartet. Erforderlich sind

fundierte Grundkenntnisse im/in

Haushaltsrecht,
Haushalts- und Beschaffungswesen,
Ausschreibungsrecht,
Grundstücks- und Liegenschaftswesen,
EDV-/IT-Angelegenheiten sowie

fundierte Kenntnisse im

Beamten- und Laufbahnrecht,
Besoldungs- und Versorgungsrecht,
Tarif- und Entgeltrecht,
Beurteilungswesen,
Personalvertretungs- und Schwerbehindertenrecht,
Disziplinar- und Arbeitsrecht,
Reise-, Trennungsgeld-, Umzugskosten- und Beihilferecht,
Bereich der Personalbedarfsberechnung und des
Personaleinsatzes unter besonderer Berücksichtigung der
Pebb§y-Grundsätze.

Mehrjährige praktische Erfahrungen in verschiedenen Bereichen der Justizverwaltung und der Gerichtsorganisation, insbesondere in der Personalverwaltung und im Organisationsbereich sowie in den Geschäftsabläufen vorzugsweise der gerichtlichen Praxis werden vorausgesetzt.

Darüber hinaus wird eine überdurchschnittlich ausgeprägte persönliche und soziale Kompetenz entsprechend der im Personalentwicklungskonzept für den nichtrichterlichen höheren und gehobenen Justizdienst des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts festgelegten Kriterien erwartet.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen bevorzugt berücksichtigt. Die Bewerbung von Frauen ist erwünscht. Die Landesregierung ist bestrebt, den Anteil von Frauen im nichtrichterlichen höheren Justizdienst zu erhöhen. Die Besetzung der Position ist grundsätzlich auch mit Teilzeitkräften möglich. Teilzeitwünsche von Interessenten und deren

Vereinbarkeit mit der Position werden im konkreten Einzelfall geprüft.

Bewerbungen sind innerhalb von **drei Wochen** nach Veröffentlichung auf dem Dienstweg an den **Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts, Gertrud-Piter-Platz 11, 14770 Brandenburg an der Havel**, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsicht in die Personalakten – auch durch die Mitglieder der Personalvertretungen – einverstanden sind.

Nur Beschäftigte des Landes Brandenburg, die die Voraussetzungen des § 6 Absatz 3 der Besetzungsrichtlinie erfüllen, sind zum Verfahren zugelassen.

Der Präsident des Brandenburgischen Oberlandesgerichts

I.

Beim Brandenburgischen Oberlandesgericht ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

eines **Fachinformatikers/einer Fachinformatikerin**

unbefristet zu besetzen.

Die Stellenausschreibung richtet sich an Bewerber und Bewerberinnen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes.

Dem Stelleninhaber/der Stelleninhaberin obliegen insbesondere folgende **Aufgabengebiete**:

- IT-technische Betreuung und Unterstützung der Gerichtsvollzieher/innen des Landes Brandenburg. Dazu gehört insbesondere:
 - Unterstützung bei der Lösung von Problemen bei der Einreichung von EGVP-Nachrichten an das zentrale Vollstreckungsgericht des Landes Brandenburg,
 - Unterstützung bei der Nutzung von Outlook Web Access,
 - Unterstützung der Gerichtsvollzieher/innen bei Fehlern hinsichtlich der Hard- und Software als First Level Support,
 - Durchführung von Schulungsmaßnahmen im Umgang mit verschiedenen Branchenlösungen der Gerichtsvollzieher/innen (Banking-Software, Justiz-Aktion, Gerichtsvollzieherprogramme).

Wir freuen uns, wenn Sie sich durch die angegebenen Tätigkeitsfelder angesprochen fühlen und bitten um Ihre aussagekräftige Bewerbung, wenn Sie sich in dem nachfolgenden Anforderungsprofil wiedererkennen:

Die **Anforderungen** umfassen insbesondere:

- Abschluss als Fachinformatiker/in oder gleichwertiger Berufsabschluss,

- Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der Anwenderbetreuung (First Level Support), insbesondere:
 - sofort anwendbare Kenntnisse in der Windows-Umgebung,
 - gute Kenntnisse in den Office Anwendungen 2010,
 - gute Kenntnisse im Browserbereich,
 - Grundkenntnisse im Bereich der Netzwerktechnologien (DSL, Router),
 - Grundkenntnisse im Bereich der Anforderungen des Datenschutzes und der Datensicherheit.
- gute organisatorische und kommunikative Fähigkeiten, ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein, Zuverlässigkeit und die Bereitschaft zur Teamarbeit,
- überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, hohe Belastbarkeit,
- gutes Ausdrucksvermögen in Wort und Schrift,
- Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung wird vorausgesetzt.

Bewertung der Stelle:

Die Stelle ist bis zur Entgeltgruppe 8 TV-L bewertet. Wenn die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen vorliegen, ist auch eine Verbeamtung im mittleren Dienst bis zur Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage möglich.

Der Präsident des Brandenburgischen Oberlandesgerichts hat sich die berufliche Förderung von Frauen zum Ziel gesetzt und lädt Frauen ausdrücklich zu einer Bewerbung ein.

Die Stellenausschreibung steht unter dem Vorbehalt, dass zum Zeitpunkt der Besetzung die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zum **31. Oktober 2015** an den Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts, Gertrud-Piter-Platz 11, 14770 Brandenburg an der Havel zu richten.

II.

Externe Stellenausschreibung

Beim Amtsgericht Schwedt/Oder ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine Stelle für eine/n Justizbeschäftigte/n im Justizwachtmeisterdienst

unbefristet zu besetzen.

Dem Stelleninhaber/der Stelleninhaberin obliegen folgende **Aufgabengebiete:**

- Der Sitzungs-, Vorführungs-, Sicherheits- und Ordnungsdienst umfasst die Vorführung von Gefangenen zu Terminen und Sitzungen sowie die zwangsweise Vorführung anderer Personen. Des Weiteren die Bewachung der vorgeführten, in Haft genommenen oder auf besondere Anordnung zu beaufsichtigenden Personen innerhalb der Justizgebäude. Außerdem die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und

Sicherheit in den Gebäuden der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

- Zum Außendienst gehören die Aushändigung und Zustellung von Schriftstücken, die Einziehung von Erkundigungen, die mündliche Übermittlung dienstlicher Mitteilungen, die Erledigung von Dienstgängen sowie das Abholen und Weiterbefördern von Geldern, Wertsachen und Postsendungen.
- Der Innendienst umfasst insbesondere die Besorgung des gesamten Post- und Aktenverkehrs, den Auskunftsdienst an den Eingängen der Dienstgebäude, den Fernsprechvermittlungsdienst, die Herstellung von Vervielfältigungen sowie die Besorgung von Hausdienstgeschäften.

Wir freuen uns, wenn Sie sich durch die angegebenen Tätigkeitsfelder angesprochen fühlen und bitten um Ihre aussagekräftige Bewerbung, wenn Sie sich in dem nachfolgenden Anforderungsprofil wiedererkennen:

Die **Anforderungen** umfassen insbesondere:

- die Berufsbildungsreife, der erfolgreiche Besuch einer Hauptschule oder ein gleichwertiger anerkannter Bildungsweg;
- eine abgeschlossene Berufsausbildung, vorzugsweise in einem handwerklichen Beruf;
- Flexibilität und freundlicher Umgang mit den Rechtsuchenden;
- gute organisatorische und kommunikative Fähigkeiten, ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein, Zuverlässigkeit, Bereitschaft zur Teamarbeit;
- überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, hohe Belastbarkeit;
- gesundheitliche Eignung;
- Besitz der Fahrerlaubnis der Klasse B;
- erfolgreiche Absolvierung eines Sporttests.

Bewertung der Stelle:

Die Stelle ist bis zur Entgeltgruppe 3 TV-L bewertet.

Die Direktorin des Amtsgerichts Schwedt/Oder hat sich die berufliche Förderung von Frauen zum Ziel gesetzt und ist deshalb besonders an Bewerbungen von Frauen interessiert.

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Von ihnen wird nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass eine Kostenerstattung für Auslagen/Reisekosten im Rahmen des Bewerbungsverfahrens nicht möglich ist.

Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbung mit aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (Bewerbungsschreiben, handgeschriebener tabellarischer Lebenslauf, Zeugnisse, Beurteilungen) bis zum 31. Oktober 2015 zu richten an:

Direktorin des Amtsgerichts Schwedt/Oder
Paul-Meyer-Str. 8
16303 Schwedt/Oder

Auskünfte zu dieser Stellenausschreibung erteilt: Herr Stuhlmacher (Telefon: 03381 399-230)

Bewerbungsschluss: 31. Oktober 2015

Justizministerialblatt

für das Land Brandenburg

Das Justizministerialblatt erscheint in der Regel am 15. eines jeden Monats.

Herausgeber: Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

Der Preis für ein Bezugsjahr beträgt 58,80 EUR (einschließlich Postzustellgebühren und 7 % Mehrwertsteuer).

Die Einweisung kann jederzeit erfolgen. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Kalenderjahres zulässig; sie muss bis spätestens 30. 9. dem Verlag zugegangen sein.

Einzelverkaufspreis: 4,86 EUR zuzüglich Versand und Portokosten und 7 % Mehrwertsteuer (nur Nachnahmeversand).

Die Lieferung des Blattes erfolgt durch die Post.

Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH,
Karl-Liebknecht-Straße 24 - 25, Haus 2, 14476 Potsdam (OT Golm), Telefon: 0331 5689-0